

Wie können die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden?

Vortrag anlässlich der Studientagung „Zumutung Weltarmut“
der SMD-Fachgruppe „Wirtschaft und Gesellschaft“ in Zusammenarbeit
mit der „Deutschen Evangelischen Allianz“ vom 14.- 16. 11. 2008 in Bischofsheim.

Prof. a. D. Dr. Hermann Sautter

„...und der König wird antworten: Wahrlich ich sage euch, was ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt. 25, 40). Diese Worte legt Jesus dem kommenden Weltenrichter in den Mund. Die Hungrigen, Ausgestoßenen, Kranken und Gefangenen nennt der Herr aller Herren seine Brüder. Was ihnen Gutes getan worden ist, ist für Gott getan. Wer einen Hungrigen speist, gibt Gott die Ehre. Das ist keine vereinzelte Aussage in den biblischen Schriften. Sie liegt vielmehr auf einer Grundlinie des ganzen Alten und Neuen Testaments. In großer Übereinstimmung betont die **Bibel**, dass die besondere Fürsorge Gottes den Armen, Ausgestoßenen, Heimat- und Rechtlosen gilt. *Sie* sind es, die im hellen Licht seiner Barmherzigkeit stehen. Deshalb ist die Liebe zu Gott nur echt, wenn sie verbunden ist mit der Liebe zu denen, die „im Schatten stehen“, und die man nicht sieht, wie Bert Brecht meint. Wer sich zu Jesus Christus bekennt, wird sie sehen müssen, die im Dunkeln wohnen, die sich schamhaft verstecken und denen man aus dem Weg gehen will, weil sie allzu deutlich die eigene Vergänglichkeit bewusst machen.

Die Schattenseiten dieser Welt kommen auch in der **Millenniumskampagne** der Vereinten Nationen zur Sprache. Sie wurde im Jahre 2000 durch einen Beschluss der Vollversammlung der Vereinten Nationen gestartet. Ziel dieser Kampagne ist es, bis zum Jahre 2015 die extreme weltweite Armut in ihren vielfältigen Dimensionen drastisch zu verringern. Das verdient ohne Zweifel unsere Unterstützung. Zielt es nicht in dieselbe Richtung, in die uns auch die Worte Jesu weisen? Liegt die Selbstverpflichtung der Staatenwelt zur Bekämpfung der Weltarmut nicht ganz auf der Linie biblischer Aufforderungen?

Nicht ganz. Jesus lenkt den Blick seiner Jünger auf *den Hungrigen*. Die Millenniumsziele sprechen vom *Hunger*. Jesus wendet sich an *die Armen*. Die Millenniumskampagne zielt auf die Bekämpfung von *Armut*. Die Bibel will die Fürsorge für *den Kranken*. In der Millenniumskampagne geht es um die Überwindung von *Krankheiten*. Das ist mehr als eine sprachliche Differenz. Hier geht es um unterschiedliche Fokussierungen. Einmal sind die **Menschen** gemeint, die in vielfacher Hinsicht leiden. Zum anderen werden **Probleme** angesprochen, die es zu lösen gilt. Natürlich hat das eine mit dem anderen zu tun. Aber die Blickrichtungen sind verschieden. Die Bibel richtet unseren Blick auf den Menschen. Er ist das Ebenbild Gottes. Nach dem Willen seines Schöpfers soll er die Möglichkeit haben, alle seine geschöpflichen Fähigkeiten voll zu entfalten, und er steht vor Gott, wenn seine physische Existenz beendet sein wird. Um den Menschen geht es also, um dessen zeitliches Wohl wie um sein ewiges Heil.

Diese Sichtweise ist der Millenniumskampagne fremd. Sie richtet unseren Blick auf Probleme, die es im humanitären Interesse und im Interesse des Weltfriedens zu lösen gilt. Welches Menschenbild dabei stillschweigend zugrunde gelegt wird, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall ist es nicht das christliche. Das ist von einer Willenserklärung, die im Namen von 189 Staaten abgegeben wurde, auch nicht anderes zu erwarten.

Die Millenniumsziele und die biblisch begründete Hinwendung zum Armen sind also nicht identisch. Aber es gibt **Gemeinsamkeiten**. Diese Erkenntnis haben die Internationale Evangelische Allianz zur „Micah-Challenge“ und die Deutsche Evangelische Allianz zur „Micha-Initiative“ veranlasst. Diese evangelischen Vereinigungen bringen damit zum Ausdruck, dass sie ein politisches Programm unterstützen, das dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Dass Christen das menschliche Wohl differenzierter sehen als die Verfasser der Millenniums-Erklärung und dass sie mit dem Heil des Menschen noch eine ganz andere Dimension des Lebens zur Sprache bringen, als es die Millenniumsziele tun, diese Unterschiede haben jedenfalls die Internationale und die Deutsche Evangelische Allianz nicht davon abgehalten, sich hinter diese Ziele zu stellen.

Wie können sie erreicht werden? Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat eine Gruppe von Experten beauftragt, dazu einen Plan auszuarbeiten. Er ist im Jahre 2005 veröffentlicht worden unter dem Titel: „In die Entwicklung investieren. Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele“.¹ Unter der Leitung des bekannten US-amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs haben 250 Experten aus aller Welt an diesem Plan mitgearbeitet. Dieses so genannte Millenniums-Projekt beschreibt in sehr detaillierter Weise, wie die Millenniumsziele erreicht werden können.

Ich will die wichtigsten Ergebnisse dieses Projektes vorstellen. Im Anschluss daran will ich dieses Projekt bewerten und dabei auf einige Punkte eingehen, die die UNO-Experten nicht erwähnt haben, die aber eine christliche Initiative nicht ausblenden kann. Zuvor soll aber von der aktuellen Lage die Rede sein, die die Vereinten Nationen zu ihrer Kampagne veranlasst hat.

1. Die aktuellen Verhältnisse und die Ziele der Millenniumskampagne.

Die Verhältnisse in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer können am Beispiel eines **Dorfes** illustriert werden, wie es **typisch** ist für Länder wie Äthiopien, Bhutan, Bolivien, Burkina-Faso, Nicaragua oder Papua-Neuguinea (S. 16 f.)². Das Dorf verfügt weder über eine befestigte Straße noch über eine Schule. Es gibt auch keine Elektrizität. Der Energiebedarf wird durch Holzeinschlag gedeckt. Allerdings sind die Wälder rings um das Dorf inzwischen schon längst gerodet. Die Frauen, die für die Holzbeschaffung zuständig sind, müssen jeden Monat einen weiteren Weg zurücklegen, um das benötigte Brennholz herbeizuschaffen. Es fehlt an einwandfreiem Trinkwasser. Die Latrinen bilden durch die Verunreinigung der Wasservorräte eine ständige Infektionsgefahr. Die Kinder leiden an Durchfall, Lungenentzündung und Malaria. Nur 9 von 10 Neugeborenen erreichen das 5. Lebensjahr. Viele Erwachsene sind an Aids und Tuberkulose erkrankt und haben keine Chance auf eine ärztliche Behandlung. Da es keine Notfallversorgung gibt, sterben als hundertmal so viele Frauen bei der Entbindung wie in den reichen Ländern. Trotz schwerster körperlicher Arbeit ernten die Bauern kaum genug Nahrungsmittel, um ihre Familien ernähren zu können. Die Böden sind schon lange ausgelaugt. Wenn der Regen ausbleibt, droht eine Hungersnot, denn es gibt keine Bewässerungseinrichtungen, die den Wassermangel ausgleichen könnten.

Man könnte dieses Bild ergänzen durch eine Beschreibung der Lebensverhältnisse in einem typischen **städtischen Slum**. Auch hier gibt es keine geordnete Trinkwasserversorgung. Die

¹ Millenniums-Projekt, Bericht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (2005): In die Entwicklung investieren. Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, New York. (<http://www.unmillenniumproject.org/documents/germanoverview.pdf>)

² Die Seitenangaben beziehen sich hier und im Folgenden auf die Veröffentlichung „In die Entwicklung investieren“ des Millenniums-Projekts.

Abwässer stehen in offenen, stinkenden Gräben zwischen den Blechhütten. Sofern jemand überhaupt eine bezahlte Tätigkeit ausübt, sind es Gelegenheitsarbeiten auf Baustellen, bei der Müllentsorgung, in illegalen Fabriken, als Haushaltshilfe in den Wohnungen der „Reichen“ (die nach unseren Verhältnissen aber auch nur zum unteren Mittelstand gehören). Der Drogenhandel blüht. Viele Jugendliche sind drogenabhängig. Der ganze Distrikt wird von kriminellen Banden beherrscht.

Verhältnisse wie diese stehen hinter den folgenden **statistischen Daten** (S. 9-15). Ein Fünftel der Weltbevölkerung muss mit weniger als 1 US-\$ pro Kopf pro Tag auskommen. Das ist die international gebräuchliche Grenze für extreme Armut. Etwa 800 Millionen Menschen sind unterernährt. In den Entwicklungsregionen der Welt sterben in jeder Minute etwa 20 Kinder, haben 1 Mrd. Menschen keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und 2 Mrd. keinen Zugang zu ordentlichen sanitären Einrichtungen. In weiten Teilen Afrikas und Südsiens leben über 40% der städtischen Bevölkerung in Slums. Die Einschulungsquote für Kinder aus den niedrigsten Einkommensgruppen liegt bei 65%. Bei Mädchen ist sie geringer als bei Jungen.

Vergleicht man die verschiedenen Entwicklungsregionen untereinander, so stellt man fest, dass Afrika bei allen diesen Armutsindikatoren die schlechtesten Werte aufweist. **Afrika** südlich der Sahara ist das „**Epizentrum**“ der Weltarmut. Hier sind in den letzten Jahren auch die geringsten Fortschritte bei der Armutsbekämpfung erzielt worden.

Es spricht für ein gewachsenes globales Problembewusstsein, dass alle diese Tatsachen nicht nur als eine Angelegenheit der unmittelbar betroffenen Staaten angesehen werden, sondern als eine **Herausforderung** für die ganze **Welt**. In allen Staaten hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass „Wohlstand“ nicht mehr im nationalen Alleingang zu haben ist, sondern nur durch eine internationale Zusammenarbeit. Wenn die Regenwälder in Indonesien und Brasilien abgeholzt werden, weil es keine Möglichkeiten zu einer nachhaltigen Einkommenserzielung gibt, dann hat das klimatische Auswirkungen, die auch der Europäer zu spüren bekommt, und dann wird damit ein Teil der biologischen Vielfalt zerstört, die ein gemeinsames Erbe der Menschheit darstellt. Die Krankheiten, die in den Slums der asiatischen Millionenstädte ausbrechen, machen nicht vor Ländergrenzen Halt und bedrohen auch unsere Gesundheit. In die Konflikte, die in Afrika um den Besitz natürlicher Ressourcen ausbrechen, werden auch die reichen Länder hineingezogen. Davon abgesehen, können die reichen Staaten auch auf ihrem eigenen Territorium kaum glaubwürdig für den Schutz der Menschenrechte eintreten, wenn sie den universalen Charakter dieser Schutzverpflichtung leugnen. Die Armut in den Entwicklungsregionen der Welt stellt also ein gemeinsames Problem der Menschheit dar und nicht nur ein nationales Problem einzelner Staaten.

Diese Erkenntnis hat die 189 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen dazu bewogen, ihre **Millenniumskampagne** auszurufen. Bezogen auf die Ausgangswerte des Jahres 1990 soll bis zum Jahre 2015 die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze von 1 US-\$ pro Tag leben, halbiert werden. Auch der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, soll in dieser Zeitspanne auf die Hälfte gesenkt werden. Ferner soll sicher gestellt werden, dass die Kinder der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulausbildung erhalten und diese auch vollständig abschließen können; dass die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel und die Müttersterblichkeit um drei Viertel gesenkt wird; dass die Ausbreitung von HIV/Aids, von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand gebracht wird. Gleichzeitig will man die Gleichstellung der Geschlechter und die ökologische Nachhaltigkeit

fördern – um die wichtigsten Zielvorgaben zu nennen.³ Der „Millennium Development Goals Report“ der Vereinten Nationen vom September dieses Jahres weist nach, dass bei der Verwirklichung dieser Ziele bereits einige Fortschritte erzielt wurden, dass aber noch erheblich größere Anstrengungen notwendig sind, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahre 2015 vollständig zu erreichen.⁴ Wie kann dies nach den Vorstellungen des Millennium-Projektes geschehen?

2. Strategien zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele – die Vorstellungen des Millenniumsziel-Projektes (MZ-Projekt).

Viele der bisherigen Entwicklungsbemühungen litten an einer mangelnden Koordinierung. Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität waren beispielsweise nicht abgestimmt auf die Verkehrsplanung, so dass die Bauern keine Möglichkeit hatten, ihre höheren Ernteerträge auf den Markt zu bringen. Der Bau neuer Schulen ging nicht einher mit der Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, mit der Folge, dass die Schulgebäude leer standen. Die technische Hilfe ausländischer Organisationen bei der Qualitätsverbesserung afrikanischer Baumwolle, die für den Export bestimmt ist, wurde konterkariert durch die hohen Subventionen, mit denen die USA ihre inländischen Baumwollfarmer unterstützen. Die Liste von inkohärenten Maßnahmen, Projekten und Initiativen ist lang.

Das MZ-Projekt fordert deshalb eine kohärente Bündelung sektoraler, nationaler und internationaler Entwicklungsbemühungen zu einer „**MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategie**“. Sie soll der Angelpunkt sein, von dem ausgehend eine großflächige Ausweitung der öffentlichen Investitionen, der Mobilisierung einheimischer Ressourcen und der öffentlichen Entwicklungshilfe erfolgt. Sie soll außerdem den Rahmen für die Verbesserung der Regierungsführung („good governance“), den besseren Schutz der Menschenrechte und für die Förderung der Privatwirtschaft bilden. Jedes Land soll eine solche Strategie im Rahmen transparenter und integrativer Prozesse ausarbeiten und umsetzen. Das heißt, dass nicht nur Parlamente in die jeweiligen Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollen, sondern auch die Zivilgesellschaft, vertreten durch Menschenrechtsorganisationen, Umweltverbände, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und nicht zuletzt die Privatwirtschaft. Die Ausarbeitung der Strategien soll im Dialog mit diesen gesellschaftlichen Gruppierungen erfolgen, und diese sollen einen aktiven Beitrag zur Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen leisten.

Bestandteil der Armutsbekämpfungsstrategie sind **erstens** Maßnahmen, von denen die Experten des MZ-Projektes schnelle Erfolge erwarten. Zu diesen „**Sofortmaßnahmen**“ gehören beispielsweise:

- Die Abschaffung von Schul- und Uniformgebühren, damit sicher gestellt ist, dass keine Kinder auf Grund der Armut ihrer Familien am Schulbesuch gehindert werden;
- kostenlose Schulmahlzeiten für alle Kinder mit lokalen Nahrungsmitteln;
- kostenlose Verteilung von strapazierbaren Moskitonetzen an alle Kinder in Gebieten, in denen die Malaria endemisch ist:

³ Zu den Zielen im Einzelnen: Millennium-Projekt, Bericht an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, a.a.O., S XIV ff.

⁴ United Nations (2008): The Millennium Development Goals Report 2008, New York (<http://www.un.org/millenniumgoals/2008highlevel/pdf/newsroom/mdg%20report>).

- Abschaffung der Gebühren für die Inanspruchnahme grundlegender Gesundheitsdienste und einem Ausgleich durch öffentliche Mittel der Entwicklungsländer und durch Mittel der Entwicklungshilfe.

Weil in vielen Entwicklungsregionen der Welt die ländliche Armut besonderes krass ist, fordert das MZ-Projekt **zweitens** Maßnahmen zur **ländlichen Entwicklung**. Im Blick auf das südliche Afrika wird von der Notwendigkeit einer „Grünen Revolution“ gesprochen (S. 40): Landwirtschaftliche Berater sollen den Bauern bei der Einführung neuer Sorten und bei der Verbesserung ihrer Produktionstechniken helfen; verarmten Bauern sollen Stickstoffdünger und andere Bodennährstoffe zu erschwinglichen Preisen angeboten werden; die Förderung von Biogasanlagen und Solaröfen wird als Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung gesehen.

Drittens wird eine massive Erhöhung der Investitionen in die **öffentliche Infrastruktur** gefordert: die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Elektrifizierung, den Ausbau von Häfen, Straßen und Eisenbahnen, den Aufbau eines Umweltmanagements. Dabei sollen auch regionale Projekte zum Zuge kommen, die den Gütertausch der Entwicklungsländer untereinander erleichtern.

Diese Investitionen hat man als Erstes im Blick, wenn man im MZ-Projekt liest, dass „die Aufstockung des Kapitalbestandes“ einer Volkswirtschaft den „Schlüssel“ für die Befreiung aus der Armut darstellt (S. 24). Als mindestens ebenso wichtig sehen die Experten der UNO die Bildung von Humankapital an, d. h. die Erhöhung der menschlichen Leistungsfähigkeit durch die Verbesserung der Ernährungssituation, der Gesundheitsfürsorge und des Ausbildungsstandes. Die ökonomische Denkweise, die dem ganzen Projekt zugrunde liegt, kommt in solchen Formulierungen besonders deutlich zum Ausdruck. „Entwicklung“ wird als ein Investitionsvorgang betrachtet. Es soll „**Kapital**“ im weitesten Sinne des Wortes gebildet werden, das sich in Form einer allgemeinen Verbesserung der Lebensverhältnisse auszahlt. Der programmatische Titel des Projekts lautet deshalb: „In Entwicklung investieren“.

Es entspricht diesem ökonomischen Ansatz, wenn im Wirtschaftswachstum ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Armut gesehen wird und deshalb **viertens** eine Förderung wirtschaftlicher **Wachstumsprozesse** verlangt wird. Rechtssicherheit, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik und die Etablierung von Wettbewerbsmärkten für private Güter sind dafür wichtige Voraussetzungen. In diesem Zusammenhang wird von gewaltigen Fortschritten in der Verringerung der Einkommensarmut gesprochen, die in Ost- und Südostasien zu verzeichnen war (S. 40). Diese Fortschritte sind weniger das Ergebnis einer bewussten Armutsbekämpfungsstrategie als die Folge hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen zahlreicher empirischer Untersuchungen. Sie haben zu dem Ergebnis geführt, dass nicht so sehr zur Verringerung der Einkommensarmut beiträgt wie ein hohes Wirtschaftswachstum. Das MZ-Projekt anerkennt diesen Zusammenhang und ergänzt ihn um die umgekehrte Kausalität: Die Erreichung der Millenniumsziele leistet auch einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum, denn besser ernährte, ausgebildete und gesündere Menschen erbringen auch eine höhere produktive Leistung (S. 15).

Die Durchführung von Sofortmaßnahmen, die Förderung der ländlichen Entwicklung, die Planung und Durchführung von Infrastrukturinvestitionen und die Stimulierung von Wirtschaftswachstum sind nur möglich, wenn die Regierung eines Landes dies alles auf ihre Fahnen geschrieben hat und wenn sie eine **gute Regierungsführung** betreibt („good governance“). Dies ist eine **fünfte** Forderung. Damit ist ein Mindestmaß an Transparenz der

politischen Entscheidungsprozesse und der öffentlichen Verwaltung gemeint, eine Eindämmung der Korruption und die rechtliche Disziplinierung des politischen Handelns. Verwaltungsakte müssen beispielsweise auf ihre verfassungsmäßige Konformität hin geprüft werden können. Die Grundvoraussetzung für diese „good governance“ ist das Machtmonopol des Staates. Die staatlichen Organe müssen sich im gesamten Staatsgebiet durchsetzen können. Die Unterhöhnung der Staatsgewalt durch eine endemische Bandenkriminalität und durch militante Aufstandsbewegungen macht eine gute Regierungsführung unmöglich.

Alle diese Entwicklungsbemühungen sollen eingebunden sein in eine **internationale Strategie** zur Bekämpfung der Weltarmut. Das ist eine **sechste** Forderung. Die reichen Staaten werden aufgefordert zu einer deutlichen Erhöhung ihrer Entwicklungshilfe und zu einer kohärenten Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Auf der Grundlage einer Bedarfsrechnung einzelner Länder wurde ermittelt, dass zur Erreichung der Millenniumsziele die **öffentliche Entwicklungshilfe** der OECD-Staaten von gegenwärtig etwa 70 Mrd. US-\$ bis zum Jahre 2015 auf annähernd 200 Mrd. US-\$ ansteigen müsste, also auf fast das Dreifache. Die reichen Staaten würden damit ihrer alten Verpflichtung gerecht, 0,7% ihres BSP für die öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Den Experten des MZ-Projekts war offenbar selbst bewusst, dass kaum ein Industrieland eine derartige Erhöhung seiner Budgetmittel politisch durchsetzen kann. Deshalb greifen sie einen Vorschlag auf, den die britische Regierung gemacht hat. Sie hat die Schaffung einer „Internationalen Finanzierungsfazität“ angeregt, die sich durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf dem internationalen Kapitalmarkt Mittel für Entwicklungsprojekte beschaffen soll. Die Regierungen der Industrieländer sollen die Schuldendienste für diese Wertpapiere aufbringen. Auf diese Weise wäre eine schnelle und massive Aufstockung der Entwicklungshilfe möglich, ohne dass die laufenden Haushalte der Industrieländer übermäßig belastet werden (S. 74).

Auf dem Gebiet der **Handelspolitik** wird ein schrittweiser Abbau der Zölle gefordert, die die Industrieländer auf Importe aus Entwicklungsländern erheben. Im Durchschnitt sind diese Zölle etwa viermal höher als diejenigen auf Importe der Industrieländer aus anderen Industrieländern. In Einzelfällen ist der Unterschied noch krasser. So sind beispielsweise die Einfuhren der USA aus Frankreich 17mal höher als die Einfuhren der USA aus Kambodscha, die Zolleinnahmen des amerikanischen Fiskus sind aber in beiden Fällen gleich hoch. Des Weiteren werden bindende Verpflichtungen zur Abschaffung von Exportsubventionen der Industrieländer für Agrarprodukte gefordert. Es ist bekannt, dass beispielsweise die Subventionen der Europäischen Union für die Ausfuhr von Fleischerzeugnissen der 2. oder 3. Qualität die Absatzmöglichkeiten afrikanischer Bauern erheblich beeinträchtigen und damit den Erfolg von ländlichen Entwicklungsprojekten infrage stellen. Dies ist ein besonders krasses Beispiel für die Inkohärenz der europäischen Handels- und Entwicklungspolitik.

Im Blick auf den **Dienstleistungshandel** werden die Entwicklungsländer ermutigt, Zugeständnisse bei der Öffnung ihrer Inlandsmärkte nur dann zu machen, wenn die Industrieländer echte Angebote für die zeitweise Aufnahme von Arbeitskräften aus Entwicklungsländern vorlegen. Die Asymmetrie in den bisherigen Verhandlungsergebnissen soll also überwunden werden, die darin bestand, dass die Industrieländer auf eine Marktöffnung der Entwicklungsländer drängten, ihre eigenen Märkte für Leistungen der Entwicklungsländer aber weitgehend verschlossen hielten.

Schließlich wird auch darauf hingewiesen, dass die Industrieländer eine besondere Verantwortung für den **Klimaschutz** haben. Für 70% der heutigen Treibhausgasemission in der Atmosphäre sind die Industrieländer verantwortlich. Von den Schäden, die der

Klimawandel verursacht, werden aber vor allem die armen Länder betroffen sein.⁵ Durch höhere Temperaturen und geringere Niederschläge werden die landwirtschaftlichen Erträge in der südlichen Hemisphäre mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückgehen. Die afrikanischen Trockengebiete in Afrika werden nicht mehr bewohnbar sein, ebenso wenig viele niedrig gelegene Küstenzonen in Asien, Lateinamerika und Ozeanien, wenn der Meeresspiegel steigt. Es wird beispielsweise geschätzt, dass bis zum Jahre 2030 20% der Landmasse von Bangladesch verloren gehen und 20 Millionen Menschen in diesem Land zu „Klimaflüchtlingen“ werden. Wenn es keine energischen Bemühungen zur Klimastabilisierung gibt, lassen sich die Millenniums-Ziele kaum verwirklichen. Insofern greifen die Entwicklungs- und die Umweltpolitik ineinander.

Die MZ-basierte Armutsbekämpfungsstrategie enthält also viele Einzelmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Die **Koordinierung** aller dieser Maßnahmen soll in der Hand der UNO liegen. Insbesondere ihre Ländervertretungen sollen dafür zuständig sein. Das UNO-Büro in Uganda soll also beispielsweise die Entwicklungshilfe der USA, der EU, die bilaterale Hilfe Deutschlands, die Projekte unzähliger privater Organisationen, die Kreditvergabe der Weltbank sowie des Internationalen Währungsfonds koordinieren und auf die Agrar-, Energie-, Gesundheits- und Schulpolitik dieses Landes abstimmen.

Die Experten des MZ-Projektes sind sich im Klaren darüber, dass dies ein sehr **ehrgeiziges Programm** ist. Aber weniger ambitioniert vorzugehen, sei angesichts der drängenden Probleme nicht vertretbar. Die Ziele seien zwar hoch gesteckt, aber – so heißt es (S. 29) – sie könnten in den meisten, wenn nicht sogar allen Ländern „noch immer“ bis zum Jahre 2015 erreicht werden (obwohl die bisher erreichten Erfolge nicht sehr ermutigend sind).

Ich will es bei diesem Überblick auf die Armutsbekämpfungsstrategie der Vereinten Nationen belassen. Aus diesem Programm spricht ein hohes Maß an **Optimismus**. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, dies zu kritisieren und die einzelnen Schwächen dieser Strategie herauszuarbeiten. Man wird aber nicht umhin können, auf die Voraussetzungen zur Durchführung dieses Programms hinzuweisen und auf einige Punkte aufmerksam zu machen, die gar nicht angesprochen werden, die aber für die Verwirklichung der Millenniums-Ziele von Bedeutung sind.

3. Was die MZ-basierte Strategie voraussetzt und worüber sie schweigt.

Im „Praktischen Plan zur Erreichung der Millenniumsziele“, den die UNO vorlegt, findet man an vielen Stellen Konditionalsätze. Zwei Beispiele: Die Ziele „sind zwar hoch gesteckt, aber sie können erreicht werden, *wenn* alle Parteien sich intensiv darum bemühen“ (S. 29). „Jedes der Probleme ist lösbar, *wenn* von Seiten der Entwicklungspartner entschlossene, konkrete Maßnahmen ergriffen werden“ (S. 54). Es werden also **Voraussetzungen** genannt, wobei völlig klar ist, dass deren Erfüllung das eigentliche Problem darstellt. Doch der Plan **schweigt** sich darüber aus, wie dieses Problem gelöst werden kann. Wie lässt sich beispielsweise erreichen, dass die Politiker eines Landes ernsthaft daran arbeiten, die Diskriminierung einzelner Bevölkerungsteile im Ausbildungssystem zu überwinden? „In vielen Ländern wird dies einen politischen Wandel hin zur Förderung einer inklusiven und egalitären Gesellschaft...erfordern“ (S. 36). Die herrschende Schicht muss gleichsam über ihren eigenen Schatten springen und eine Politik betreiben, die nicht die bestehende Exklusion gesellschaftlicher Randgruppen weiter vertieft, sondern deren Inklusion zum Ziel hat. Die

⁵ Siehe dazu die Angaben in: Stern, N. (2007): The economics of climate change. The Stern review, Cambridge.

„politische Klasse“ muss die Machtlosen in die gesellschaftlichen und politischen Prozesse einbeziehen und damit ihr eigenes Machtmonopol zur Disposition stellen.

Schön wäre es, käme ein solcher Wandel durch die geläuterte Einsicht der Mächtigen zustande. In der Realität wird es wohl nicht ohne **Proteste, Konflikte** und **Kämpfe** abgehen. Ob solche Konflikte friedlich, d. h. mit rechtsstaatlichen Mitteln ausgetragen werden, ist eine offene Frage. Die heutigen Industrieländer haben eine rechtsstaatliche Konfliktregelung mühsam lernen müssen, und dabei blieben ihnen revolutionäre Umbrüche nicht erspart.

Dieser ganze Bereich politischer Machtverhältnisse wird in der Armutsbekämpfungsstrategie der UNO **nicht thematisiert**. Etwas anderes ist auch kaum möglich. Eine internationale Organisation wie die UNO muss sich hüten, die Politik ihrer Mitgliedsstaaten allzu deutlich zu kritisieren. Darüber zu schweigen, gehört zu ihrem Selbsterhaltungsinteresse. Doch wenn man sich Gedanken darüber macht, wie die Millenniums-Ziele erreicht werden können, wird man diese politischen Probleme nicht einfach in Konditionalsätze verpacken können. Diese Probleme als gelöst voraussetzen und darauf aufbauend ökonomische Lösungsvorschläge zu machen, mag zwar für den Ökonomen sehr befriedigend sein. Auf welchem Wege die Millenniums-Ziele tatsächlich erreicht werden können, ist damit noch nicht gesagt.

Es gibt ein weiteres Problem, dessen Lösung nicht aufgezeigt, sondern schlichtweg vorausgesetzt wird. Es ist die **Einigung der Staatenwelt** auf ein gemeinsames Vorgehen. In den internationalen Beziehungen spielen divergierende Machtinteressen eine noch viel größere Rolle als auf innerstaatlicher Ebene. Es ist äußerst schwer, die Einigung auf eine gemeinsame Strategie herbeizuführen, die jeden Staat etwas kostet, deren Nutzen aber nicht für alle unmittelbar einsichtig ist. Seit vielen Jahren wird beispielsweise in der sog. „Doha-Runde“ der WTO über Zollsenkungen und ähnliche Themen verhandelt. Bisher ohne greifbaren Erfolg. Jeder Staat ist darauf bedacht, möglichst große Zugeständnisse von anderen Staaten herauszuholen, ohne selbst Zugeständnisse zu machen. Das Interesse am globalen Kollektivgut einer verlässlichen Handelsordnung ist sehr viel geringer als das Interesse an nationalen Handelsgewinnen („Gefangenendilemma“). Man kann natürlich das Zustandekommen einer globalen Kooperation voraussetzen und dann untersuchen, was auf dieser Grundlage zu tun ist. Aber das eigentliche Problem bleibt damit ungelöst.

Damit ist nicht gesagt, dass es überhaupt keine Lösung geben kann. Es gibt durchaus Beispiele für internationale Vereinbarungen, die allen beteiligten Staaten bestimmte Lasten aufbürden, die von den Beteiligten aber auch getragen werden, weil ihnen der gemeinsame Nutzen groß genug erscheint. Solche Vereinbarungen kommen zustande, wenn es eine kritische Anzahl von Staaten gibt, in denen das **Problembewusstsein** der inländischen Bevölkerung internationale **Selbstverpflichtungen** der Regierung möglich macht, und wenn es Sanktionen gibt, die ein kooperatives Verhalten attraktiv und ein unkooperatives Verhalten riskant machen.

Um in diesem Zusammenhang ein aktuelles **Beispiel** aufzugreifen: Man darf gespannt sein, ob das gegenwärtige Problembewusstsein im Blick auf die Unordnung der **Finanzmärkte** groß genug ist, um eine Neuordnung dieser Märkte politisch durchsetzen zu können. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, weil die USA, die sich bisher gegen eine solche Neuordnung gesperrt haben, viel von ihrer Verhandlungsmacht verloren haben. Möglicherweise bewahrheitet sich auch in diesem Fall die alte Erkenntnis, dass „Ordnung“ erst dann möglich ist, wenn die Folgen der Unordnung derart katastrophal sind, dass ein „business as usual“ nicht mehr infrage kommt. Bis dahin können allerdings die Nachteile einer fehlenden Ordnungsbereitschaft sehr spürbar geworden sein. Das ist gegenwärtig der Fall, und zwar

nicht nur im Blick auf die Wohlstandssicherung in den reichen Ländern, sondern erst recht im Blick auf eine weltweite Armutsbekämpfung. Durch die internationale Finanzkrise hat die Verwirklichung der Millenniums-Ziele einen schweren Rückschlag erhalten. Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei den USA.

Solche **Überlegungen** zur Problematik internationaler Ordnungsdefizite und zu den Möglichkeiten ihrer Überwindung sind dem Millennium-Projekt **fremd**, und zwar aus grundsätzlich und nicht nur deswegen, weil die internationale Finanzkrise zur Zeit der Abfassung der MZ-basierten Armutsbekämpfungsstrategie noch nicht spürbar war (auch wenn manche Experten diese Krise vorausgesehen haben, weil ihr Verstand nicht durch den „Goldrausch“ in den Börsen der letzten Jahre vernebelt war).

Noch weniger als die politischen Voraussetzungen für eine wirksame Armutsbekämpfung werden die **kulturellen Voraussetzungen** in der UNO-Strategie zum Thema gemacht. Die Grenzen eines rein ökonomischen Denkansatzes werden hier besonders deutlich. Welche Fehleinschätzungen dadurch entstehen, illustriert ein Fall, der aus **Sambia** berichtet wird.⁶ Im Norden des Landes sind viele Kinder chronisch unterernährt. Die Weltbank machte dafür die Einkommensarmut der Menschen verantwortlich und hatte natürlich entsprechende Ratschläge zur Bekämpfung dieser Armut parat. Sie kam nicht auf den Gedanken, dass die Unterernährung der Kinder etwas mit kulturellen Einflüssen zu tun haben könnte. Ein Sexualverhalten der Eltern, das den stammesüblichen Normen nicht entspricht, führt im Norden Sambias zur Stigmatisierung der Frau, zu einem vorzeitigen Abstillen der neugeborenen Kinder und damit zu deren Unterernährung, obwohl das Einkommen der Eltern durchaus für eine ordentliche Ernährung reichen würde. Solche Zusammenhänge bekommt man nicht in den Blick, wenn man das Armutsproblem ausschließlich aus einer technisch-ökonomischen Perspektive sieht.

Dies ist ein „**blinder Fleck**“ in der Armutsbekämpfungsstrategie der UNO. Er verhindert auch, dass religiöse Einflüsse wahrgenommen werden. „Religion“ kommt in dieser Strategie nicht vor. Dabei ist überhaupt nicht zu übersehen, dass in allen Gesellschaften, die noch sehr weit von der Verwirklichung der Millenniums-Ziele entfernt sind, religiöse Traditionen eine beherrschende Rolle spielen. Das gilt für das private wie für das öffentliche Leben. Religiöse Einstellungen sind es auch, die eine Armutsüberwindung erleichtern können. Wo Menschen durch ihre Spiritualität zu einem disziplinierten und verantwortlichen Lebensvollzug motiviert werden, bleiben wirtschaftliche Erfolge in der Regel nicht aus. Dafür gibt es unzählige Beispiele.

Eines dieser Beispiele betrifft einen Slum in **Kapstadt**. Eine soziologische Studie über das Leben in diesem Slum hat gezeigt, dass die Zugehörigkeit zu einer Pfingstkirche einen signifikanten Einfluss auf den Lebensstil der Menschen besitzt. Verglichen mit den Slum-Bewohnern, die keiner Kirche angehören, handeln die Gemeindeglieder im Großen und Ganzen verantwortlicher gegenüber ihrer Familie (die Männer setzen den Lohn z. B. nicht in Alkohol um), sie sind sparsamer, wenden mehr für die Ausbildung ihrer Kinder auf, sind zuverlässiger und ehrlicher bei ihrer Arbeit und haben deshalb bessere Chancen, sich aus den widrigsten Formen der Armut herauszuarbeiten.⁷

Das Beispiel des Bischofs einer Kirche in **Ghana** zeigt, dass christlicher Glaube nicht nur das individuelle Verhalten prägt, sondern auch die Politik eines Landes beeinflussen kann. Dieser

⁶ Badenberg, R. (2007): Die unterschlagene religiös-kulturelle Dimension der Unterernährung in Nord-Sambia, in: Kusch, A. (Hrsg.): Transformierender Glaube, Nürnberg, 128-135.

⁷ Schlemmer, L.; Bot, M. (2005): Gemeinschaft im Geist, in: Der Überblick 1/2005, S. 8-12.

Mann nahm in öffentlichen Reden zur Verantwortungslosigkeit der politischen Elite seines Landes Stellung.⁸ Wo Menschen auf diese Weise sensibilisiert werden für die politischen Missstände ihres Landes, verbessern sich auch die Chancen zur Überwindung struktureller Armutsursachen.

Die Erreichung der Millenniums-Ziele wird in vielen Ländern nur möglich sein, wenn sich die **politische Kultur** – und nicht nur diese - **ändert**. In der UNO-Strategie wird ein solcher Wandel stillschweigend vorausgesetzt. Wie er zustande kommen kann und inwiefern spirituelle Einflüsse dabei eine Rolle spielen, ist nicht das Thema dieses „Praktischen Plans zur Erreichung der Millenniums-Ziele“. Das wird man ihm nicht zum Vorwurf machen können. Der Plan einer Staatengemeinschaft, die sich um weltanschauliche Neutralität bemühen muss und die die Souveränität ihrer Mitglieder respektieren muss, kann nun einmal bestimmte Themen nicht ansprechen. Eine Vereinigung von Christen *muss* dagegen die spirituelle Dimension von Armut und Armutsüberwindung ansprechen.

4. Die Millenniums-Ziele und die Micha-Initiative.

Die Micha-Initiative will nach ihren eigenen Worten „die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einfordern und unterstützen“. Das wird sie umso eher tun können, je weniger sie sich für diesen Zweck instrumentalisieren lässt. Es geht hier um die grundsätzliche Frage nach der humanitären Wirkung des christlichen Glaubens. Man kann sie nur mit einem **Paradox** beschreiben: Der christliche Glaube wird der Welt umso eher ein menschliches Gesicht geben können, je stärker er auf Gott ausgerichtet ist und sich nicht in erster Linie als eine humanitäre Bewegung versteht. Die Liebe zu Gott ist es, die zur Nächstenliebe motiviert, vor Resignation bewahrt, einen langen Atem vermittelt und im Mitmenschen das Ebenbild Gottes sehen lässt. Mit der Liebe zu Gott antworten wir auf Gottes Menschliebe, die in Jesus Christus Gestalt angenommen hat. Jede humanitäre Tat eines Christen hat hier ihren Ursprung. Eine Kirche verliert ihre Identität und ihre philanthropische Kraft, wenn sie diesen Ursprung verlässt.

Daraus folgt, dass bei jeder christlichen Aktion zur Überwindung von Armut der Mensch im Mittelpunkt stehen muss, nicht ein Problem. Darauf machen uns die Worte Jesu aufmerksam, die ich eingangs erwähnt habe. Natürlich impliziert die Hilfe für Mitmenschen immer auch eine sachgerechte Lösung ihrer Probleme. Aber die **Fokussierung** sollte nicht den Problemen gelten, sondern dem **Menschen** mit allen Dimensionen seines Lebens, den materiellen, seelischen, sozialen und spirituellen. Dann wird sich vielleicht zeigen, dass Menschen ihre Probleme ganz anders sehen, als ihre Helfer dies tun. Das erwähnte Beispiel unterernährter Kinder in Sambia zeigt, wie wichtig es ist, den Menschen in seiner Ganzheit zu sehen und nicht als einen Armuts-Problemfall. Eine ganzheitliche Sicht bewahrt möglicherweise vor Lösungen, die an den wahren Problemen vorbeigehen.

Wie können wir unter diesen Voraussetzungen die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen? Ich will mich hier kurz fassen und nur einige Möglichkeiten andeuten. In den folgenden Referaten und Gesprächseinheiten werden wir uns ausführlicher mit dieser Frage befassen. Folgende Möglichkeiten seien genannt:

⁸ Gifford, P. (2005): Gegen Fatalismus und Apathie, in: Der Überblick 1/2005, S. 39-54.

1. **Kontakte pflegen** auf persönlicher Ebene und auf der Ebene von Gemeinden. – Die Armut in Tansania, Indien oder Peru muss für uns ein menschliches Gesicht bekommen. Wir müssen Menschen in diesen Ländern kennen lernen, durch Besuche, durch unsere Korrespondenz, durch Gespräche. Auf diese Weise lernen wir, wie wir ihnen beistehen können und wie sie uns selbst durch ihre Glaubenskraft bereichern können. Wenn wir Personen vor Augen haben, werden auch unsere Gebete konkret.
2. An der **Einheit** von **Glaubensverkündigung** und **Lebenshilfe** festhalten. – So hat sich Mission immer schon verstanden. Sie kann nicht Menschen mit dem Evangelium von Jesus Christus vertraut machen, ohne ihnen auch praktisch zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen. Die „Lausanner Erklärung“ hat diese Einheit in prägnanter Weise zum Ausdruck gebracht.
3. **Politische Verantwortung wahrnehmen**. – Das kann zum einen dadurch geschehen, dass wir ein politisches Mandat übernehmen und auf kommunaler Ebene, im Land oder im Bund für eine Politik eintreten, die mit der Verwirklichung der Millenniumsziele kompatibel ist. Das betrifft insbesondere die Entwicklungspolitik, aber auch die Handels-, Finanz-, Menschenrechts- und Umweltpolitik. Politische Verantwortung wahrnehmen können wir zum anderen auch als Wähler und Wählerinnen, indem wir unseren Abgeordneten deutlich machen, wie wichtig uns die Verwirklichung der Millenniumsziele ist.
4. **Politische Aktionen auf Verbandsebene**. – Ein Vorbild in dieser Hinsicht ist für mich die „Sojourner“-Bewegung in den USA mit ihrem Wortführer Jim Wallis. Sie nimmt Stellung zu aktuellen politischen Vorgängen der USA und versteht sich als „Lobby“ für eine Politik aus christlicher Verantwortung.
5. **Als Wirtschaftsbürger verantwortlich handeln**. – Mit unserem Kaufverhalten können wir Signale für eine sozial ausgewogene und umweltgerechte Produktion setzen. Mit unserem Sparverhalten können wir ethisch vorzugswürdige Projekte fördern.

Wie können die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden? Die technisch-ökonomische Antwort ist klar. Die Vereinten Nationen haben dazu einen umfangreichen Plan vorgelegt. Die politische Antwort ist weniger klar. Die Verwirklichung dieser Ziele setzt in vielen Ländern einen Wandel in den politischen Prioritäten voraus. Als Christen können wir diesen Wandel unterstützen. Wir werden das mit Nachdruck und zugleich mit Gelassenheit tun können, weil wir wissen, dass nicht wir es sind, die das Schicksal der Welt in der Hand haben. Es liegt in der Hand des Gottes, an den wir glauben. Er hat sein eigenes Ziel mit dieser Welt. Je mehr wir uns darauf einstimmen, umso besser werden wir denen helfen können, „die im Schatten stehen“ und denen die besondere Fürsorge Gottes gilt.